

31. Oktober 2011, Weltspartag: „Euro-Land ist abgebrannt.“

Spart euch doch die EURO-Rettung!

**Die Banken bekommen noch mehr Steuergelder.
Auf 780 Milliarden Euro wird der Euro-Rettungsschirm erhöht.
Die Zeche dafür zahlen wir alle!**

Die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von den Rettungspaketen. Sie bezahlen – wie wir – mit Verarmung, Arbeitslosigkeit und höheren Steuern. Banken und Finanzinvestoren kassieren derweil munter weiter. Die Schulden sind ein Mechanismus, der die Menschen in Abhängigkeit von Banken und Staat halten soll. Die Rekordprofite der Banken werden den Aktionären gutgeschrieben. Die betreiben damit weitere Spekulationsgeschäfte und erzeugen damit noch mehr Abhängigkeit.

Erst haben sie viele Staaten in den Ruin getrieben. Jetzt soll die Allgemeinheit das Ausfallrisiko übernehmen und die Zinsen bezahlen. Der empörende, von Banken vorgeschriebene Griechenland-Rettungsplan lässt aber Griechenland selbst im Stich. Bei uns kürzen Regierung und Landesregierung ein Sozialprogramm nach dem anderen, aber zahlen Unsummen an die Banken, damit die Reichen noch reicher werden.

Der Euro ist nicht unser Geld!

Der Bevölkerung wird eingeredet, dass der Euro für den Wohlstand verantwortlich wäre und eine Rückkehr zu Schilling, Drachme & Co uns ins Chaos stürzen würde. Eine glatte Lüge! Nicht umsonst gibt es das geflügelte

Wort „**der Euro ist ein Teuro**“. 7,1 Prozent hat die Teuerung bei den Dingen des täglichen Bedarfs zuletzt betragen. Dazu kommt der Ausverkauf bei kommunalen Dienstleistungen, im Gesundheitswesen, bei Post und Bahn. Dazu kommt der Abbau sozialer Leistungen. Dazu kommt immer stärkere Antreiberei im Betrieb. Dazu kommt das steirische Belastungspaket der selbsternannten „Reformpartner“ Voves und Schützehöfer.

Die Konzerne wünschen sich den Fortbestand der Eurozone. Der Euro gibt ihnen die Chance, im internationalen Wettstreit mit den USA zu bestehen. Was den Reichen und Superreichen nutzt, bedeutet aber Verschlechterungen für die Masse der Menschen. Der Euro ist das Geld der Banken und Konzerne, nicht unser Geld.

Eigenständige Wege nicht mehr möglich

Solange die Staaten ihre eigenen Währungen hatten, war die mangelnde Konkurrenzfähigkeit schwächerer Länder, wie Griechenland oder Italien, kein Problem. Sie konnten ihre Währungen abwerten und damit konkurrenzfähig bleiben. Mit dem Euro war das vorbei. **Da stellt sich die Frage, wer profitiert von der neuen Situation?** –

Wir verraten euch nie!

KPÖ **wirkt!**

In erster Linie exportorientierte Konzerne und ihre privaten Aktionäre in Ländern wie Deutschland, aber auch anderen Exportnationen wie Österreich. Es sind vor allem deutsche Produkte – darunter viel Kriegsgerät! –, die Griechenland mit Krediten bezahlt hat, die wegen der niedrigen Euro-Zinsen leichtfertig aufgenommen wurden. So wurden die eigenen Produkte am Weltmarkt immer weniger wettbewerbsfähig. Das ist die wesentliche Ursache der griechischen Schuldenmisere. Und es sind vor allem deutsche und französische Banken, bei denen der griechische Staat in der Kreide steht.

Nicht mehr, sondern weniger EUropa!

Wir dürfen die kapitalistische Konzentration in der EU nicht vertiefen, sondern wir müssen aus ihr ausbrechen!

Dafür kämpft die KPÖ. Denn erst der Ausbruch aus der EU schafft Raum für eine gleichberechtigte Politik, wo sich souveräne Staaten auf Augenhöhe begegnen, statt in demütigende neokoloniale Abhängigkeit zu geraten, wie das derzeit mit Ländern wie Griechenland, Irland oder Portugal passiert. **Um dieses ungerechte System aufrecht zu erhalten, erklären die Herrschenden dem EU-Austritt zum Tabu.**

Rettungsschirm für die Menschen statt für die Banken und den Euro!

Kurzfristig muss alles unternommen werden, damit die Kosten der Euro-Rettung nicht auf arbeitenden Menschen abgewälzt werden. Aber genau das soll mit den weiteren Euro-Rettungsschirmen geschehen: die Zeche soll die Masse der Bevölkerung zahlen, während die Superreichen ihre Schäfchen ins Trockene bringen.

Dagegen müssen wir uns gemeinsam zur Wehr setzen! Die gewaltigen Finanzvermögen der kleinen Gruppe von Superreichen müssen endlich ordentlich besteuert werden.

Mittel und langfristig muss für einen Umbau der Wirtschaft gekämpft werden. Weg vom Export, hin zu mehr Kaufkraft. Weg von der Profitmaximierung, hin zu einer Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert.

Das geht aber nur, indem man die Macht der Banken und Konzerne bricht. Das geht nur jenseits der EU.

Wir fordern von der Regierung:

- **Verstaatlicht die Banken! Legt ihre Bilanzen offen, damit die Leute wissen, wohin das Geld geflossen ist!**
- **Besteuert die Banken, Finanzinstitute und Großkapitalisten!**
- **Kürzt die Gehälter der PolitikerInnen**
- **Zahlt die illegitimen Schulden nicht! Das sind nicht unsere Schulden.**
- **Wir fordern die Kontrolle der Bevölkerung über die Wirtschaft und die Produktion.**
- **Wir wollen wirkliche und direkte Demokratie statt Wahl zwischen verschiedenen Exekutoren der EU-Belastungspolitik.**



**Die KPÖ sagt:
Dieses System ist gescheitert.
Schaffen wir ein neues!**



ICH MÖCHTE

- regelmäßig Informationen von der KPÖ
- mich an weiteren Aktionen beteiligen
- bei der KPÖ mitarbeiten
– bitte kontaktiert mich!

Name: _____

Anschrift: _____

Tel., E-Mail: _____



An den:
Landtagsklub der
KPÖ Steiermark
Herrengasse 16/III
8010 Graz



www.kpoe-steiermark.at
www.facebook.com/kpsteiermark